

Priller, Eckhard

Article

Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung

Sozialreport: Neue Bundesländer

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Priller, Eckhard (1993) : Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung, Sozialreport: Neue Bundesländer, ISSN 0944-1840, Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg, Berlin, Iss. Sonderheft, pp. 26-31

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/122854>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Tabelle 22: Wie wichtig ist für Sie, in einer Gesellschaft mit pluralistischem Parteiensystem zu leben? - Angaben in Prozent

	1990	1991	1992	1993
sehr wichtig	57	15	12	10
wichtig	32	35	34	33
in mittlerem Maße wichtig	6	23	26	25
weniger wichtig	2	15	17	21
unwichtig	1	7	9	10
ohne Antwort	2	6	2	1

	pluralistisches Parteiensystem - 1993 -				
	sehr wichtig	wichtig	in mittl. Maße wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Gesamt	10	33	25	21	10
Geschlecht					
Männer	11	34	26	18	10
Frauen	9	32	24	23	11
Altersgruppen					
bis 25 Jahre	12	28	29	18	13
26-40 Jahre	9	32	27	19	12
41-50 Jahre	10	32	28	21	8
51-60 Jahre	10	39	21	23	7
über 60 Jahre	10	32	23	21	13
Familienformen					
verh. o. Kind.	9	37	24	20	9
verh. m. Kind.	9	32	27	20	12
Leb. gem. o. K.	7	26	30	18	7
Leb. gem. m. K.	21	27	24	17	7
alleinlebend	11	30	22	23	14
alleinerzieh.	17	28	26	22	7
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	11	37	25	18	8
arbmpol. Maß	4	31	28	21	15
arbeitslos	9	27	24	27	13
Vorruhestand	13	32	25	20	11

Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung

In der gegenwärtigen schwierigen Phase des gesellschaftlichen Umbruchs bedarf das politische Gemeinwesen in Ostdeutschland in besonderem Maße der Unterstützung seiner Mitglieder. Funktionierende demokratische Institutionen sind dabei ebenso Voraussetzung wie demokratische Überzeugungen und die Bereitschaft der Bürger, sich für dieses Gemeinwesen zu engagieren.

Politische Einstellungen, Erwartungen und Verhaltensweisen der Ostdeutschen haben sich nach 1989 in einem beträchtlichen Maße verändert. Sie reflektieren zugleich eine widersprüchliche und dynamische Entwicklung.

Aus der schlichten Übertragung demokratischer Institutionen der alten Bundesrepublik auf Ostdeutschland konnte sich nicht automatisch und sofort deren erfolgreiche Etablierung ableiten. Nachteilig wirkt sich besonders aus, daß die demokratischen Institutionen nicht historisch gewachsen sind und sie einer teilweise anderen Problemlage gegenüberstehen als in Westdeutschland. Aus der Interpretation von Daten zur Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Mitwirkung lassen sich drei generelle Resultate ableiten:

1. Aktuelle Bewertungen und Einschätzungen können nur auf dem Hintergrund der im alten System herausgebildeten bzw. von ihm beeinflussten Werte und Strukturen vorgenommen werden. Wesentliche Zielstellungen der Menschen in der DDR nach Demokratie und nach verbesserten gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten wurden nach 1990 erreicht und entsprechende Forderungen erfüllt. Sie haben dadurch für die Menschen gegenüber früher an Bedeutung verloren oder ihr Stellenwert hat sich verschoben.
2. Ein im Umbruchprozeß entstandenes, teilweise überzogenes Demokratieverständnis der Ostdeutschen und ihre sehr weitreichenden Forderungen an gesellschaftliche Mitwirkung sind auf eine Realität getroffen, die diesen Erwartungen nicht gerecht wurde. Das hat einerseits zu einem sinkenden, den realen Möglichkeiten

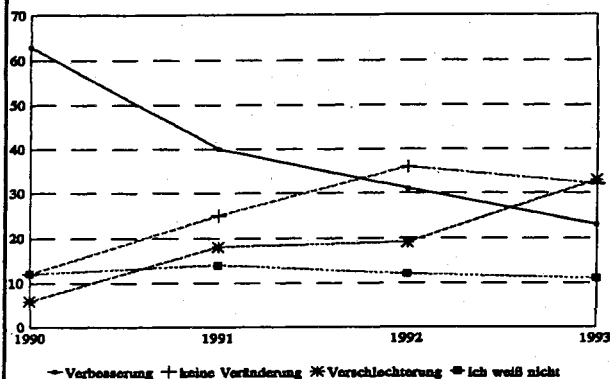
stärker entsprechenden Anspruchsniveau geführt. Andererseits sind deutliche Anzeichen von Resignation und ein Rückgang der Mitwirkungsbereitschaft unverkennbar.

3. Die Antworten auf Fragen zur Demokratie und Mitwirkungsbereitschaft lassen durchaus erkennen, daß die Ostdeutschen demokratischen Grundwerte vertreten. Es besteht ein hohes Maß politischer Interessiertheit. Der Demokratie und einem pluralistischen Parteiensystem werden hoher Stellenwert beigemessen. Hingegen ist die Bereitschaft, vorhandene Möglichkeiten der Mitwirkung aktiv zu nutzen, weitaus geringer ausgeprägt. Damit setzen sich in gewisser Weise Verhaltensmuster aus der DDR fort. Obwohl ein hoher Anteil der Bevölkerung formal durch die Mitgliedschaft in Parteien und Massenorganisationen am politischen Willensbildungsprozeß beteiligt schien, bestand nur eine begrenzte freiwillige, aktive und wirksame Mitwirkung.

‘In einer demokratischen Gesellschaft zu leben’, hatte 1990 für weit über 90 % der Ostdeutschen einen hohen Stellenwert; über die Hälfte der Befragten erachtete dies sogar als ‘sehr wichtig’. Dem ‘pluralistischen Parteiensystem’ - einem fundamentalen Grundwert der Demokratie - wurde in den zurückliegenden Jahren ebenfalls hohe Bedeutung beigemessen. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung hält diesen Gesichtspunkt für unwichtig. Allerdings erfuhr die Bedeutung des pluralistischen Parteiensystems seit 1991 eine stetig rückläufige Beurteilung. Ursache für den Bedeutungsverlust könnte nach erfolgter Etablierung des pluralistischen Parteiensystems eine zunehmende Enttäuschung über dessen Leistungsfähigkeit sein. Männer und Frauen messen 1993 dem pluralistischen Parteiensystem fast einen gleich großen Stellenwert bei. Die Unterschiede in den Altersgruppen bleiben ebenfalls gering. Nach dem Erwerbsstatus und der Qualifikation bestehen hingegen stärkere Unterschiede. So messen Personen in Arbeitslosigkeit, in ABM-Maßnahmen sowie Un- und Angelehrnte dem pluralistischen Parteiensystem deutlich weniger Bedeutung bei. Nur rund ein Drittel hält dies in die-

Tabelle 23: Erwartungen zu den Bedingungen für Demokratieentwicklung - Angaben in Prozent -

Abbildung 1990 bis 1993

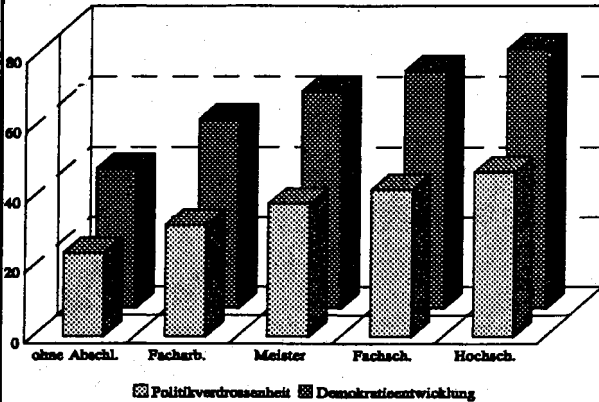


Erwarten Sie in bezug auf die Bedingungen für eine demokratische Entwicklung in der Gesellschaft ...?

	- 1993 -			
	eher eine Verbesserung	keine Veränderung	eher eine Verschlechterung	ich weiß nicht
Gesamt	23	32	33	11
Geschlecht				
Männer	22	35	36	7
Frauen	24	31	30	15
Altersgruppen				
bis 25 Jahre	22	40	27	11
26-40 Jahre	20	34	34	11
41-50 Jahre	25	31	36	8
51-60 Jahre	22	34	32	12
über 60 Jahre	26	29	32	13
Familienformen				
verh. o. Kind.	25	29	35	11
verh. m. Kind.	21	35	35	10
Leb. gem. o. K.	25	38	21	14
Leb. gem. m. K.	26	27	40	7
alleinlebend	23	32	30	14
alleinerzieh.	22	44	22	11
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	24	33	34	9
arbmpol. Maß	15	29	37	16
arbeitslos	23	35	31	11
Vorruhestand	21	37	31	11

Tabelle 24: Für wie wichtig halten Sie gegenwärtig folgende Probleme? (sehr wichtig/wichtig) - Angaben in Prozent -

Abbildung: nach Qualifikation - 1993 -



	- 1993 -			
	Demokratieentwicklung	Parteien Politikverdrossenheit	Gewalt/Kriminalität	alte "Seilschaften"
Gesamt	58	35	94	35
Geschlecht				
Männer	60	38	94	29
Frauen	57	32	94	34
Altersgruppen				
bis 25 Jahre	44	30	91	34
26-40 Jahre	51	28	94	37
41-50 Jahre	59	34	95	40
51-60 Jahre	65	42	96	36
über 60 Jahre	63	36	95	31
Familienformen				
verh. o. Kind.	65	39	94	37
verh. m. Kind.	55	31	95	40
Leb. gem. o. K.	54	41	95	38
Leb. gem. m. K.	48	33	93	40
alleinlebend	55	36	95	30
alleinerzieh.	60	37	95	37
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	56	33	94	40
arbmpol. Maß	56	30	92	32
arbeitslos	65	40	95	32
Vorruhestand	58	33	92	36

sen Gruppen für sehr wichtig bzw. wichtig. Bei den Erwerbstätigen sind es immerhin fast die Hälfte, bei Personen mit Hochschulabschluß liegt der Wert sogar noch darüber.

Im Vergleich zu den geringen Bedeutungsverlusten bezüglich des pluralistischen Parteiensystems sind die 'Erwartungen zur Verbesserung der Bedingungen für die Demokratie' dramatisch gesunken, und gleichzeitig ist der Anteil jener mit negativen Erwartungen in diesem Bereich sprunghaft angestiegen (vgl. Abbildung S.27). Dadurch ist 1993 erstmalig der Anteil von Personen, die eine Verschlechterung der Bedingungen für eine demokratische Entwicklung erwarten, größer als jener mit einer positiven Einschätzung. Das Übergewicht der negativen Erwartungen trifft für fast alle Gruppen in gleichem Maße zu (vgl. Tabelle S.27). Personen mit Hoch- oder Fachschulabschluß erwarten zu einem besonders hohen Anteil eine Verschlechterung der Bedingungen für eine demokratische Entwicklung. Bei Personen mit Hochschulabschluß trifft dies für jeden Zweiten zu, während der Anteil bei Personen mit Fachschulabschluß fast 40 % beträgt. In der Altersgruppe bis 25 Jahre ist der Anteil derer, die keine Veränderungen erwarten, besonders hoch. Dies dürfte sich zugleich in den Familienformen Lebensgemeinschaft ohne Kind und Alleinerziehende reflektieren, da diese jüngere Altersgruppe hier besonders stark vertreten ist.

Der negative Trend zur Einschätzung der Bedingungen der Demokratieentwicklung bedeutet allerdings nicht, daß bei den Ostdeutschen nicht weiterhin ein hohes Maß an Sensibilität für diesen Bereich vorhanden ist. Nur für 13 % ist die Demokratieentwicklung gegenwärtig ein 'weniger wichtiges' oder 'unwichtiges' Problem. Mit zunehmendem Alter wird eine steigende Bedeutung für die Demokratieentwicklung artikuliert. Jüngere messen der Demokratieentwicklung eher eine mittlere Bedeutung bei.

Weitaus geringer wird die Bedeutung der Parteien- und Politikverdrossenheit beurteilt. Dieses, stark durch die Medien und Politiker artikuliert Phänomen scheint für die Bürger in Ostdeutschland nur begrenzt wichtig zu sein. Die vorgestellten Daten

zu Demokratiebedingungen und zum pluralistischen Parteiensystem belegen ein unvermindertes politisches Interesse. Politik- und Parteienverdrossenheit scheint es eher bezüglich gegenwärtiger politischer Inhalte und des Umgangs der Politiker mit diesen zu geben. Eindrucksvoll läßt sich der Bedeutungsunterschied beispielsweise an der Beurteilung des Problems der 'alten Seilschaften' demonstrieren. In der politischen Öffentlichkeit wird dieser Sachverhalt oft diskutiert, von den Befragten erfährt er hingegen nur eine geringe Bedeutungszuordnung. Das Problem der 'alten Seilschaften' wird nur von jedem dritten Ostdeutschen als wichtig oder sehr wichtig angesehen, jeder zweite betrachtet es nur als teilweise bzw. weniger wichtig.

Fasteinmütig fallen hingegen die Beurteilungen zum Problem "Gewalt und Kriminalität" aus. Sind die Unterschiede zwischen einzelnen sozialen Gruppen bei den anderen vorgestellten Problembereichen bereits sehr gering, verschwinden sie hier fast völlig.

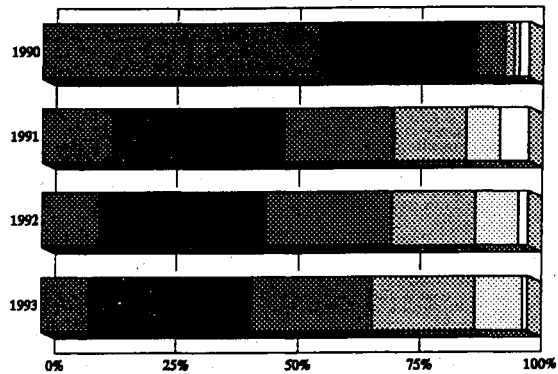
Unverkennbar besteht in der ostdeutschen Bevölkerung eine hohe Sensibilität für Fragen der Demokratie und Mitbestimmung. Im Vergleich zu den durch die dramatischen Ereignisse gekennzeichneten Jahre 1989/90 hat die Politisierung der Gesellschaft zwar nachgelassen, ist aber angesichts der massiven Enttäuschungen und Verunsicherungen immer noch in beachtlichem Maße vorhanden. Die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft verläuft augenscheinlich weitgehend politisch dominiert.

Im Gegensatz dazu steht allerdings die praktizierte geringe gesellschaftliche Mitwirkung und Beteiligungsbereitschaft. Nur jeweils jeder Fünfte bemüht sich in geringem Maße bzw. in stärkerem Maße, politisch aktiv zu sein. Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen hat für eine solche Beteiligung überhaupt keine Ambitionen. Deutlich geringer ist das Bemühen bei Frauen, bei Alleinlebenden und bei Personen in Lebensgemeinschaften mit Kindern ausgeprägt.

Etwas mehr als jeder zehnte Ostdeutsche (13 %) gab 1993 an, in Bürgerinitiativen, Parteien oder in der Kommune mitzuwirken, jeder dritte (34 %) ist

Tabelle 25: Demokratieentwicklung - Angaben in Prozent -

Abbildung: Wie intensiv bemühen Sie sich, politisch aktiv zu sein? - 1990 bis 1993



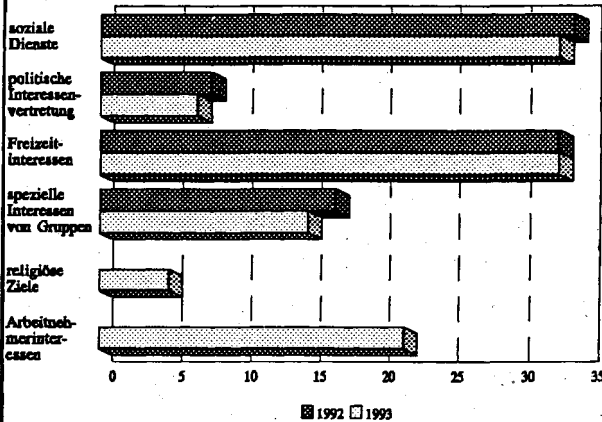
■ sehr wichtig ■ wichtig ■ in mittl. Maße wicht. ■ weniger wichtig □ unwichtig □ ohne Antwort

Tätigkeit in Organisationen in der Freizeit, Bemühen um politische Aktivität:

	- 1993 -		
	in Vereinen, Verbänden, soz. Dienst tätig	in Bürgerinitiativen, Parteien, Kommune mitwirken	Bemühen pol. aktiv zu sein (hohem/mitlerem Maß)
Gesamt	34	13	19
Geschlecht			
Männer	38	16	22
Frauen	29	11	16
Altersgruppen			
bis 25 Jahre	31	3	16
26-40 Jahre	34	13	19
41-50 Jahre	37	14	17
51-60 Jahre	40	14	20
über 60 Jahre	27	13	17
Familienformen			
verh. o. Kind.	35	12	20
verh. m. Kind.	35	13	21
Leb. gem. o. K.	24	6	18
Leb. gem. m. K.	35	10	12
alleinlebend	23	10	13
alleinerzieh.	37	21	19
Erwerbstätigkeit			
erwerbstätig	37	14	20
arbmpol. Maß	35	12	16
arbeitslos	32	17	17
Vorruhestand	29	8	18

Tabelle 26: Wären Sie bereit, in einer Organisation mitzuarbeiten, wenn es um folgende Aufgaben geht? - Angaben in Prozent -

Abbildung: 1992 und 1993



Mitarbeit - 1993 -

	soz. gem. nütz. Dienste	pol. Int.-vertretung	Freizeitinteressen	spez. Int. von Gruppen	religiöse Ziele	Arb. nehm. int.-vertret.
Gesamt	33	7	33	15	5	22
Geschlecht						
Männer	31	10	38	15	5	25
Frauen	35	4	30	14	6	20
Altersgruppen						
bis 25 Jahre	34	3	51	19	7	32
26-40 Jahre	36	6	36	18	4	26
41-50 Jahre	38	9	33	15	6	26
51-60 Jahre	37	6	37	15	6	24
über 60 Jahre	23	8	21	9	7	9
Familienformen						
verh. o. Kind.	33	7	31	12	6	18
verh. m. Kind.	37	9	38	17	4	30
Leb. gem. o. K.	34	7	36	13	5	13
Leb. gem. m. K.	39	7	33	20	1	33
alleinlebend	25	5	24	12	7	12
alleinerzieh.	30	4	44	30	9	26
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	35	7	36	15	5	28
arbm. pol. Maß	33	6	36	19	5	30
arbeitslos	46	5	41	17	6	25
Vorruhestand	33	11	37	13	5	20

hingegen in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten tätig. Durch diese Relation wird eine Zurückhaltung der Ostdeutschen im unmittelbaren politischen Bereich deutlich, während Organisationen, die spezifische Interessen von Bürgern wahrnehmen, stärkeren Zuspruch finden, was für die weitere Demokratisierung in Ostdeutschland besondere Bedeutung erlangen könnte.

Bekanntes Muster politischer Teilnahme, die auf ein geringeres Engagement der Frauen, Jugendlichen, Personen im Vorruhestand und im Rentenalter schließen lassen, treffen gegenwärtig auch für Ostdeutschland zu. Besonders kraß fällt der geringe politische Beteiligungsgrad bei Jugendlichen unter 25 Jahren auf.

Die starke Altersabhängigkeit der Antworten wird ebenfalls in den Fragen zur Mitarbeitsbereitschaft in Organisationen mit unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen reflektiert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich insgesamt das Interesse zur Mitarbeit nicht verändert.

Frauen sind in stärkerem Maße als Männer bereit, in sozial gemeinnützigen Organisationen mitzuarbeiten, aber sie sind weniger bereit, in politischen Interessenvertretungen aktiv zu werden. Bei den Männern erreicht die Sympathie für Freizeitorganisationen den höchsten Wert. Jugendliche präferieren Freizeitorganisationen noch wesentlich stärker und sind nur in geringem Maße an der Mitarbeit in politischen Organisationen bereit. Einen deutlichen Abbruch erfährt das Interesse zur Mitarbeit in Organisationen bei Personen über 60 Jahre. Hingegen weisen Arbeitslose ein hohes Interesse für alle angeführten Organisationen auf. Ein erhöhte Mitarbeitsbereitschaft äußern sie für sozial gemeinnützige Organisationen und für Freizeitorganisationen.

Die Sympathie zwischen den verschiedenen Parteien schwankt teilweise beträchtlich. In diesem Zusammenhang ist gleichzeitig zu beachten, daß die parteipolitische Bindung der Ostdeutschen nur im begrenzten Maße Rückschlüsse über mögliche Wahlentscheidungen zuläßt. Unter der besonderen ostdeutschen Situation zählen offenbar neben Aspekten einer vermuteten und wahrgenommenen Interessenvertretung durch die jeweilige Mitgliedschaft

oder Sympathisanten noch weitere Faktoren. Dazu gehören die besonders hohe Wahrnehmung von gesellschaftlichen Problemstellungen (z.B. Umweltschutz, allgemeine wirtschaftliche Situation, Arbeitslosigkeit) und ihre Reflexion in den einzelnen Parteien. Neuen Ideen und Personen steht man scheinbar in Ostdeutschland aufgeschlossen gegenüber. In diesen Kontext ist u.a. die sehr starke Sympathie für Grüne/Bündnis 90 einzuordnen, die allerdings 1993 einen tiefen Einbruch erfährt. Geringere Wirkung haben bestimmte, historisch erklärbare Vorurteile, wie sie besonders die PDS treffen. Offenbar hat ihre zunehmende Profilierung als ostdeutsche Oppositionspartei zu einer steigenden Akzeptanz geführt. Im Gegensatz dazu haben die etablierten westdeutschen Parteien an Sympathie verloren. Die CDU scheint selbst Opfer der überzogenen Erwartungen geworden zu sein, die 1990 geweckt und in der Folgezeit nicht eingehalten wurden. Die Verluste beschränken sich nicht nur auf die negative Bewertung von Regierungsparteien, sondern betreffen ebenfalls in nicht unerheblichem Maße die SPD.

Bei gruppenspezifischen Unterschieden besteht bei Frauen ein höheres Maß an Sympathie für die SPD und für Grüne/Bündnis 90. Die Mitglieder und Sympathisanten der CDU, SPD und PDS nehmen in den höheren Altersgruppen zu, während bei den Grünen/Bündnis 90 und den Republikanern ein umgekehrtes Verhältnis zu verzeichnen ist. Überdurchschnittlich sind arbeitslose und Personen in ABM Mitglied oder Sympathisant der Grünen/Bündnis 90 und der PDS, während sie bei der FDP unterrepräsentiert vertreten sind.

Eine feste Parteienbindung ist in Ostdeutschland bisher wenig ausgeprägt.

Tabelle 27: In welchem Verhältnis stehen Sie zu folgenden Parteien und Bewegungen? - Angaben in Prozent -

Antwort: Ich bin Mitglied/ich sympathisiere mit ihr - 1990 bis 1993 -

	1990	1991	1992	1993		
CDU	12	27	20	18		
SPD	48	38	37	32		
FDP	-	25	18	13		
PDS	14	14	12	18		
Grü./Bündnis 90	26	58	52	31		
Republikaner	-	2	5	2		
Mitglied/Sympathisant - 1993 -						
	CDU	SPD	FDP	PDS	Gr./Bün. 90	Republik.
Gesamt	18	32	13	18	31	2
Geschlecht						
Männer	18	30	14	20	27	3
Frauen	18	33	12	17	35	1
Altersgruppen						
bis 25 Jahre	9	27	10	16	39	8
26-40 Jahre	15	28	12	19	37	3
41-50 Jahre	21	32	14	13	32	4
51-60 Jahre	19	36	16	19	30	1
über 60 Jahre	22	33	10	23	24	0
Familienformen						
verh. o. Kind.	19	33	11	20	28	2
verh. m. Kind.	18	29	14	14	32	3
Leb. gem. o. K.	23	29	13	23	50	5
Leb. gem. m. K.	11	43	14	20	41	3
alleinlebend	18	33	14	24	34	0
alleinerzieh.	15	33	19	19	28	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	19	31	15	15	32	3
arbm. pol. Maß	10	26	5	25	45	1
arbeitslos	13	32	9	19	34	3
Vorruhestand	20	36	13	22	28	2